

Goltsteinquartier macht Fortschritte

Auf dem Gelände der alten Brikettfabrik an der Goltsteinstr. kann man seit Monaten die Arbeiten beobachten. So soll bereits im ersten Halbjahr diesen Jahres die neue **Aldi** Filiale eröffnet werden. Die ersten **Wohnungen** sollen Ende 2022 fertiggestellt sein. An der Halde soll ein „Parkwald“ entstehen.

Baugebiet in Lamersdorf an der L241

Ressourcenschonende **Wohnquartiere** für ca. 600 Personen sollen „Am Falters Weg“ entstehen. Besonders begrüßenswert ist aus unserer Sicht der reduzierte Flächenverbrauch. Derzeit wird der Bebauungsplan erstellt. Da z.B. der bestehende Kindergarten für die wachsende Bevölkerung zu klein wird, ist eine neue Infrastruktur zu berücksichtigen.

Strukturwandel fordert Bund, Land und Kommune

Für den anstehenden **Strukturwandel** hier im Braunkohlerevier fordern wir von der Bundes- und Landesregierung eine entsprechende Unterstützung, insbesondere in finanzieller Form. In Inden wurden bereits von Verwaltung und Politik die ersten vorbereitenden Weichen für den Wandel gestellt. Erwähnt werden kann hier bei den interkommunalen **Industriegebieten** die Zusammenarbeit von Inden mit der Stadt Eschweiler und der Gemeinde Langerwehe. In Langerwehe soll das interkommunale Industriegebiet, wie auch die neuen Baugebiete in Inden, nach der Faktor X Philosophie klima- und ressourcenschonend errichtet werden. Wir bringen uns bereits heute aktiv ein!

Kein Bau von Wohnungen für sozial Bedürftige

In der SPD- und CDU Fraktion fehlt immer noch die Bereitschaft, neue Wohnungen in Inden für Flüchtlinge, Obdachlose und sozial schwache Personen zu errichten. Unterstützt mit Fördermitteln könnten durch den Bau neuer **Wohnungen** dauerhafte menschenwürdige Unterkünfte entstehen und soziale Härten abgefedert werden. Gelder für die Notlösungen wie Wohnmobile und -container könnten damit eingespart werden. CDU und SPD favorisieren den Ankauf von Bestandshäusern. Grundsätzlich stehen wir diesem Ansinnen positiv gegenüber. Aus unserer Sicht werden diese Maßnahmen jedoch nicht ausreichen und nicht dazu führen, eine gerechte prozentuale Aufteilung dieser Bewohner auf alle Ortsteile zu ermöglichen.

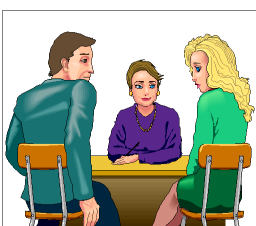
Keine Parkgebühren im Zentrumsbereich

Insbesondere für die Geschäftswelt halten wir diese Entscheidung für wichtig, ebenso wie die Erhöhung der zulässigen Parkdauer hinter dem Schreibwarengeschäft auf 3 Stunden. Zusätzlich soll ein weiterer **Parkplatz** für 30 – 40 Fahrzeuge gegenüber dem Rathausparkplatz an der Zuwegung zum Indemann entstehen. Dieser wird auch für die Besucher der Goltsteinkuppe zur Verfügung stehen.



Blühwiesen in Inden

Anfang letzten Jahres beantragte **Bündnis90/Die Grünen** das Anlegen von **Blühwiesen** auf kommunalen Grünflächen. Ein entsprechendes Konzept ist noch in Arbeit. So sollen z.B. die Abfallgruben auf den Friedhöfen durch Abfallkörbe ersetzt und mit Blühwiesen bepflanzt werden. Gemeinsam mit der Verwaltung, einer Vertreterin der Biologischen Station im Kreis Düren und den jeweiligen Ortsbürgermeistern sollen weitere geeignete Flächen ausgewählt werden.



Herzliche Einladung

Zu einem offenen „grünen“ Gesprächskreis laden wir herzlichst ein. Wir treffen uns jeweils am ersten Montag im Monat (während der Schulzeit) im Restaurant Philippi, Lucherberg, Talstr. 3 um 19.00 Uhr zum Erfahrungsaustausch. Hier kannst Du uns auch näher kennenlernen, uns Deine Ideen und Visionen näherbringen. Du überlegst, ob Du Dich in der gemeindlichen Politik einbringen möchtest? Komm vorbei, wir freuen uns über Deinen Besuch.

Kooperation in der Jugendarbeit

Der Kreis Düren hat die finanzielle Bezuschussung in bisheriger Höhe zugunsten unserer Jugendarbeit beendet. Um weiterhin gute Jugendarbeit leisten zu können, sind wir jedoch auf die finanzielle Unterstützung des Kreises angewiesen. Da wir diesen nur noch bei einer **Zusammenarbeit** gemeinsam mit der kirchl. Jugendarbeit Inden und der Jugendarbeit in Langerwehe erhalten, haben wir die Kooperation akzeptiert; auch wenn dies zu einer anderen Aufteilung des Personals führt. Uns ist die Arbeit mit den Jugendlichen wichtig, denn sie stellt



eine gesellschaftliche, soziale und präventive Maßnahme dar. Wenn es auch in der Vergangenheit in Schophoven wenig Interesse an diesem Angebot gab, ist hier die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen weiter anzubieten und zu bewerben. Gespräche über Lösungen zu den diesjährigen Ferienaktionen in den Sommerferien laufen.

Gebühren sind beschlossen

Während ein Großteil der Gebühren leicht gesunken sind, wie für Schmutz- und Niederschlagswasser oder die Abfallgebühren, steigen die Gebühren im **Bestattungswesen**. Eine Ursache für die Kostensteigerung ist die Notwendigkeit eines zweiten Pflegeschnitts im Laufe des Jahres. Bei nur einem Schnitt ist das Erscheinungsbild der Friedhöfe unakzeptabel. Ein weiterer Grund für die Kostensteigerung ist die Auflage der Kommunalaufsicht, die uns zur Berechnung einer kostendeckenden Gebühr verpflichtet hat. Nur im Bereich der Nutzung der Leichenhallen und der Kühlzellen ist lediglich eine 30%ige Kostendeckung verpflichtend.

Darüber hinaus wurden wir von der Kommunalaufsicht verpflichtet, die **Straßenreinigungsgebühr** erneut einzuführen. Ein Verzicht auf diese Gebühr hätte laut Kommunalaufsicht zwingend zu einer Erhöhung der Grundsteuern geführt. Da wir letzteres vermeiden wollten, wird es nun wieder die Gebühr für Straßenreinigung und Winterdienst geben.



Veränderungen im öffentlichen Personennahverkehr

Der neue Fahrplan beinhaltet einige Veränderungen der Buslinien von und nach Eschweiler, Jülich und Düren. Hier gibt es insbesondere auch in unseren kleinen Ortschaften kürzere Taktungen. Vielleicht erhöht das den Anreiz mit dem Bus zu fahren.

Versicherungen der Gemeinde teurer

Ohne Wissen der Politik wurden **Versicherungen** beim bisherigen Anbieter gekündigt. Auf diese Art und Weise sollte die Gemeinde 20.000,- sparen können. Irrtum - die Versicherungsbeiträge sind oftmals höher, fast alle Verträge beinhalten nun erstmalig einen Selbstbehalt. Einige wenige Liegenschaften sind nicht mehr versichert. Hier sind bereits Schadensfälle im vierstelligen Bereich entstanden. Die Kündigung der Versicherungen erfolgte im Auftrag des Bürgermeisters.



Strafzettel ursprünglich nicht gezahlt

Ohne UDB Fraktion, die zu Beginn der letzten Ratssitzung den Saal verlassen hatte, hat der Gemeinderat einstimmig **Strafanzeige** bei der Staatsanwaltschaft Aachen gegen Bürgermeister Langefeld gestellt. Ungeklärte Sachverhalte bei Strafzetteln zu seinen Lasten, zu Lasten einer seiner Angehörigen, sowie einige seiner Reisekostenabrechnungen, die uns fragwürdig erscheinen, veranlassten uns zu diesem Schritt. Die Anzeige wird von der Staatsanwaltschaft weiterhin geprüft, unabhängig davon, dass der Bürgermeister die Strafzettel jetzt aktuell im Nachhinein bezahlt hat oder er die Reisekosten vielleicht noch rückerstatten sollte. Wir haben vollstes Vertrauen, dass die Organe unseres Rechtsstaates den Sachverhalt aufklären werden.

Keine Neubesetzung der Ausschüsse

Obwohl ein Ratsmitglied seine Fraktion verlassen hat und nun als freies Mitglied sein Ratsmandat ausübt, halten wir es im Gegensatz zur Meinung des Bürgermeisters und der UDB- Fraktion für nicht erforderlich die **Arbeits- Ausschüsse** neu zu besetzen; dies auch vor dem Hintergrund, dass nur noch wenige Monate bis zu den Kommunalwahlen verbleiben. Von uns eingeholte Auskünfte bestätigen unsere Auffassung. Die UDB- Fraktion hat nun ein verwaltungsgerichtliches Verfahren gegen diese Entscheidung eingeleitet.